

Auf der Suche nach einer Perspektive

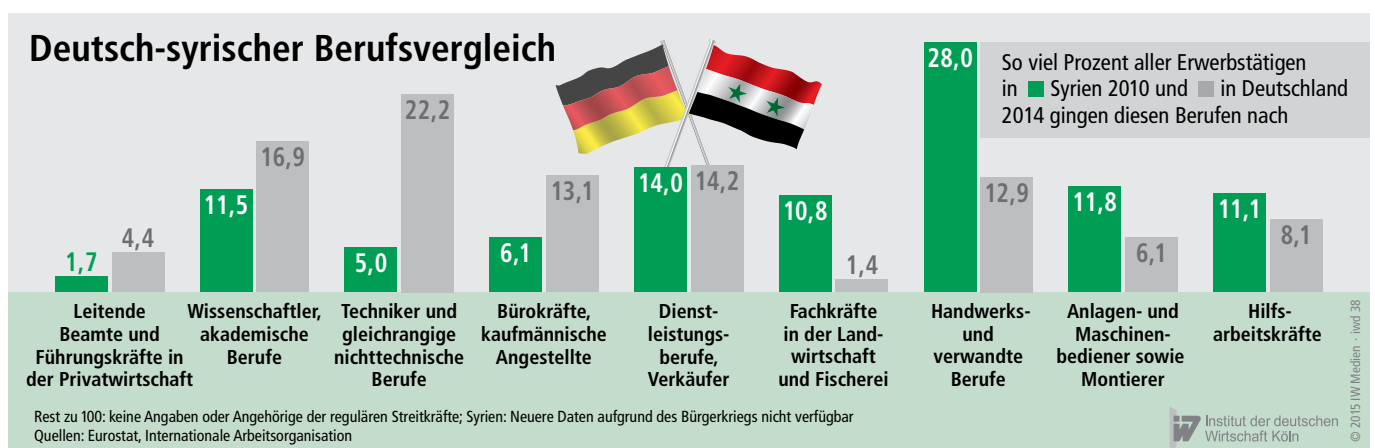
Flüchtlinge. Im Laufe dieses Jahres werden in Deutschland rund 800.000 Asylbewerber erwartet. Viele Flüchtlinge haben in ihrer Heimat einen Beruf erlernt und wollen schnellstmöglich selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen. Doch der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt ist für die Zuwanderer verhältnismäßig kompliziert.

Bis einschließlich Juli dieses Jahres sind in Deutschland 133 Prozent mehr Asylanträge gestellt worden als im gleichen Vorjahreszeitraum. Und so wird es weitergehen. Mittlerweile rechnet die Bundesregierung für dieses Jahr mit 800.000 Flüchtlingen.

Kamen 2010 die meisten Antragsteller noch aus Afghanistan, so stammt heute gut ein Viertel aller

Antragsteller aus Syrien. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres sind rund 42.000 Erstanträge auf Asyl von syrischen Flüchtlingen gestellt worden. Seit Ausbruch des Bürgerkriegs im Jahr 2011 sind damit mehr als 140.000 syrische Staatsbürger nach Deutschland eingereist, rund 110.000 von ihnen haben Asyl beantragt.

Wegen des Kriegs werden in der Bundesrepublik fast alle Asylanträge syrischer Flüchtlinge bewilligt. Einerseits stellt die große Zahl an Zuwanderern Deutschland vor große Herausforderungen: in puncto Unterbringung, Integration und Finanzierung. Andererseits könnten sich die vielen Flüchtlinge wegen des Fachkräftemangels auch als große Chance erweisen. Denn oft handelt es sich bei ihnen um junge, hochmotivierte Menschen, von denen viele einen Beruf erlernt oder studiert haben. Dies gilt vor allem für die syrischen Flüchtlinge (Grafik): →



Inhalt

Konjunktur. Die deutsche Wirtschaft ist im ersten Halbjahr 2015 schwächer gewachsen als erwartet – auch weil die zusätzliche Güternachfrage verstärkt aus Lagerbeständen bedient wurde.
Seite 3

Östliche Partnerschaft. Mit diesem Projekt versucht die EU seit 2009, die Beziehungen zu ihren östlichen Nachbarstaaten zu stärken. Dabei gibt es Fortschritte, aber auch erhebliche Probleme.
Seite 4-5

Weiterbildung. Fast alle deutschen Unternehmen bieten ihren Mitarbeitern die Möglichkeit, sich weiterzubilden. Kleinere Betriebe tun sich jedoch etwas schwerer als große – vor allem aus Zeitmangel.
Seite 6-7

Sportgeräte. Die kleine Branche konnte ihren Umsatz trotz schwierigen Umfelds zuletzt ordentlich steigern.
Seite 8

→ In Friedenszeiten ging fast jeder achte erwerbstätige Syrer zu Hause einem akademischen Beruf nach.

Die meisten Syrer arbeiteten jedoch im Handwerk oder einem verwandten Beruf. Gerade Handwerker werden hierzulande gesucht. Hier bieten sich auch für viele minderjährige Flüchtlinge – knapp 30 Prozent sind Kinder und Jugendliche – Chancen, indem man sie in das deutsche Ausbildungssystem integriert.

Es gibt zwar keine offiziellen Daten über die beruflichen Qualifikationen derjenigen, die nun in Deutschland ihr Glück suchen. Doch eine nicht repräsentative Umfrage des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zeigt, dass 21 Prozent der befragten Syrer, die zwischen

2013 und August 2014 in Deutschland einen Asylantrag gestellt haben, eine Hochschule besucht haben. Fast die Hälfte der syrischen Flüchtlinge hat mindestens eine Grund- oder Mittelschulbildung, rund ein Fünftel eine Gymnasialbildung.

Dennoch liegen die Talente zunächst brach. So dürfen Flüchtlinge erst drei Monate, nachdem sie einen Antrag auf Asyl gestellt haben, arbeiten. Vorab wird zudem im Rahmen einer „Vorrangprüfung“ festgestellt, ob es keine passenden deutschen oder europäischen Bewerber gibt (vgl. iwD 36/2015).

Schwierig ist für Flüchtlinge auch die Aufnahme eines Studiums: Viele Immatrikulationsordnungen schließen sie vom Studium aus, auf Bafög

können sie erst nach 15 Monaten Aufenthalt hoffen.

Darüber hinaus haben Asylbewerber oft keine Chance, in ihrem gelernten Beruf und auf ihrem Qualifikationsniveau zu arbeiten (siehe Interview). In reglementierten Berufen wie dem des Arztes bedarf es in Deutschland einer offiziellen Anerkennung der Ausbildung – entsprechende Nachweise können Flüchtlinge jedoch häufig nicht vorlegen.

Vor dem Einstieg in einen Job oder eine Ausbildung steht für viele Zuwanderer jedoch das Erlernen der neuen Sprache. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles will deshalb im Jahr 2016 die Plätze der berufsbezogenen Sprachkurse verdoppeln – auf dann 100.000.

„Alles ist besser, als zu Hause zu sitzen“

Als der Syrer Majid Albunni vor zwei Jahren nach Deutschland kam, hatte er bereits einen Arbeitsvertrag als Radiomoderator in der Tasche. Heute arbeitet der 27-Jährige als Social-Media-Redakteur in Berlin für das unabhängige Radioprojekt Syrnet, das mit Unterstützung des Auswärtigen Amts betrieben wird.

Wie haben Sie es geschafft, nach Deutschland zu kommen und direkt einen Job zu finden?

Ich bin im Oktober 2013 mit einem Schengen-Visum nach Deutschland gekommen und hatte bereits einen Arbeitsvertrag für Syrnet in Berlin. Den habe ich in Istanbul erhalten, wo ich meinen Master in Global Affairs gemacht habe. Erst als Anfang 2014 mein syrischer Pass ablief, habe ich mich entschieden, in Deutschland Asyl zu beantragen.

Wie sind Sie denn von Syrien nach Istanbul gekommen?

Nachdem ich bei einer Demonstration an meiner Universität Kalamoon verhaftet und eingesperrt worden bin, habe ich den Entschluss gefasst, Syrien zu verlassen. Das war im April 2012, ein Jahr nach Ausbruch

des Bürgerkriegs. Ich bin zuerst nach China ausgereist, wo mein Bruder damals lebte. Das ging relativ einfach. Als ich in China nicht zurechtkam, bin ich nach Malaysia und dann nach Istanbul gezogen, wo ich weiterstudiert habe.

Sind Ihre Studienabschlüsse ohne weiteres in Deutschland anerkannt worden?

Es war nicht ganz leicht. Was mir geholfen hat, sind meine Erfahrungen und mein berufliches Engagement. Von meiner akademischen Ausbildung her bin ich eigentlich eher politisch orientiert, jetzt arbeite ich als Journalist. Aber was soll's? Ich kann mich glücklich schätzen, ich bin flexibel. Vielleicht kann ich später einen Job im politischen Umfeld finden.

Würden Sie sagen, dass Sie momentan unterhalb Ihrer Qualifikation arbeiten?

Ja, absolut. Andererseits hängen Politik und Journalismus eng zusammen und ich habe als Journalist auch viel dazugelernt.

Warum haben Sie sich für Deutschland entschieden, warum nicht für ein anderes Land in Europa?

Nun ja, hatte ich überhaupt eine andere Option? Ich war ja bereits in Deutschland



und Syrer haben hier einige Privilegien. Außerdem hatte ich mir in Deutschland bereits ein Netzwerk aufgebaut, bevor ich den Asylantrag gestellt habe. Es wäre ein großer Verlust gewesen, das aufzugeben, wenn ich beispielsweise wieder zurück nach Istanbul gegangen wäre. Es war also eher eine pragmatische Entscheidung.

Welche beruflichen Erfahrungen machen andere Syrer, die Sie kennen, die nach Deutschland geflohen sind?

Viele von ihnen haben einen Bachelorabschluss oder etwas Vergleichbares und lernen gerade intensiv Deutsch, um ihren Master hier machen zu können oder eine Ausbildung oder ein Praktikum. Andere waren in Syrien beruflich wirklich sehr erfolgreich, ihnen fällt es oft schwer, wieder ganz von vorne anzufangen. Aber alles ist besser, als zu Hause zu sitzen und 300 Euro vom Jobcenter zu bekommen.

Lagerbestände bremsen Wachstum

Konjunktur. Die deutsche Wirtschaft ist im ersten Halbjahr 2015 schwächer gewachsen als erwartet. Dies war allerdings nicht nur auf das Auslandsgeschäft zurückzuführen. Vielmehr wurde die zusätzliche Nachfrage nach Konsum-, Investitions- und Exportgütern verstärkt aus Lagerbeständen statt aus der laufenden Produktion bedient.

Das hatten sich die meisten Konjunkturoptionen wohl anders vorgestellt: In den ersten sechs Monaten des Jahres 2015 legte das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nur um 1,4 Prozent zu (Grafik). Sollen jene Prognosen aus dem Frühjahr noch erreicht werden, die das Wachstum für das gesamte Jahr auf 2 Prozent bezifferten, dann muss in der zweiten Jahreshälfte ein kräftiger Schub her.

Danach sieht es jedoch nicht aus, denn wichtige Schwellenländer wie China, Russland und Brasilien schwächeln und die niedrigen Ölpreise bremsen die deutschen Ausfuhren in die rohstoffreichen Länder.

Umso erstaunlicher ist es, dass der Außenhandel zuletzt noch ziemlich viel Schwung hatte:

Die deutschen Exporte haben im ersten Halbjahr 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitraum real um 5,5 Prozent zugelegt – ein solcher Wert wurde seit 2011 in keinem Jahr mehr erreicht.

Auch die Importe sind in den ersten sechs Monaten 2015 überaus stark gewachsen. Damit hat der gesamte Außenbeitrag das Wirtschaftswachstum zuletzt zwar leicht verringert – der große Bremsklotz war die Weltwirtschaft aber nicht.

Konjunktur in Deutschland

Veränderung im ersten Halbjahr 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent

Reales Bruttoinlandsprodukt	1,4
Inlandsnachfrage	1,1
Private Konsumausgaben	2,0
Konsumausgaben des Staates	2,1
Bruttoinvestitionen	-2,2
Bruttoanlageinvestitionen	1,4
Ausrüstungen	3,4
Wohnbauten	1,2
Nichtwohnbauten	-2,7
Sonstige Anlagen	2,7
Exporte	5,5
Importe	5,6

Sonstige Anlagen: vor allem Investitionen in geistiges Eigentum, zum Beispiel Software und Datenbanken sowie Forschung und Entwicklung; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - IwD 38

Das gilt auch für den privaten Konsum, der von Januar bis Juni im Vorjahresvergleich preisbereinigt um 2 Prozent zugenommen hat – der stärkste Anstieg seit der Jahrtausendwende. Zu verdanken war dies vor allem der höheren Kaufkraft aufgrund der niedrigen Energiepreise, aber auch der guten Arbeitsmarktlage und den damit verbundenen Einkommenszuwächsen.

Die Investitionen sind dagegen in jüngster Zeit um 2,2 Prozent zurückgegangen. Dahinter verbergen sich allerdings ganz unterschiedliche Entwicklungen. So haben die Ausrüstungen einen deutlichen Zuwachs verbucht:

Die Investitionen in Maschinen und Produktionsanlagen übertrafen im ersten Halbjahr 2015 den Wert des Vorjahreszeitraums um 3,4 Prozent.

Damit hat sich der 2014 begonnene Aufwärtstrend fortgesetzt.

Der Bausektor hingegen profitierte zwar vom nach wie vor expansiven Wohnungsbau, dem standen

allerdings rückläufige Investitionen in der Sparte Nichtwohnbauten gegenüber – die öffentliche und die gewerbliche Bautätigkeit verzeichneten ein Minus von 3,6 beziehungsweise 2,5 Prozent.

Maßgeblich zur schlechten Investitionsbilanz beigetragen haben die sogenannten Lagerinvestitionen. Die zusätzliche Nachfrage nach deutschen Konsum-, Export- und Investitionsgütern im ersten Halbjahr 2015 wurde zum guten Teil nicht durch entsprechende Produktionssteigerungen bedient, sondern aus bestehenden Vorräten – Lagerbestände der Unternehmen wurden also abgebaut. Dies hat das Wirtschaftswachstum um etwa 0,75 Prozentpunkte abgebremst.

Allerdings sind die Daten über Lagerinvestitionen in früheren Jahren oft erheblich revidiert worden. Eine Korrektur dieses Postens könnte die bisherige Wachstumsbilanz für 2015 also durchaus noch aufpolieren.

Nicht nur nette Nachbarn

Östliche Partnerschaft. Seit 2009 arbeitet die Europäische Union daran, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu sechs ehemaligen Sowjetrepubliken zu stärken. Die EU will damit für stabile Verhältnisse in ihrer östlichen Nachbarschaft sorgen. Es gibt Fortschritte, aber auch erhebliche Probleme.

Die Beziehungen der EU zur Ukraine waren vor dem Hintergrund der dortigen Krise in letzter Zeit häufig Thema in den Medien. Kaum Erwähnung fand dabei, dass die Ukraine Teil der bereits 2009 ins Leben gerufenen Östlichen Partnerschaft ist. An diesem Projekt, das die politische Annäherung und die wirtschaftliche Integration verstärken soll, nehmen die EU als Ganzes, ihre Mitgliedsstaaten sowie neben der Ukraine auch die Republik Moldau, Weißrussland, Armenien, Aserbaidschan und Georgien teil.

Dabei hat es die EU allerdings mit höchst unterschiedlichen Partnern

zu tun: So hat die Ukraine 45 Millionen Einwohner und ist mit gut 600.000 Quadratkilometern etwa so groß wie Frankreich. Armenien kommt gerade mal auf 30.000 Quadratkilometer – das entspricht ungefähr der Fläche Belgiens – und zählt nur drei Millionen Einwohner. Auch wirtschaftlich ist das Gefälle groß (Grafik):

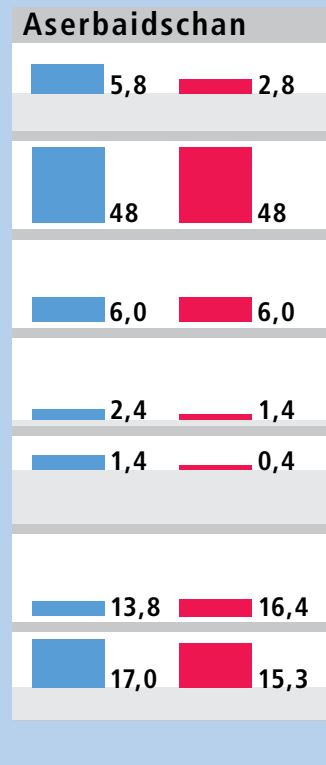
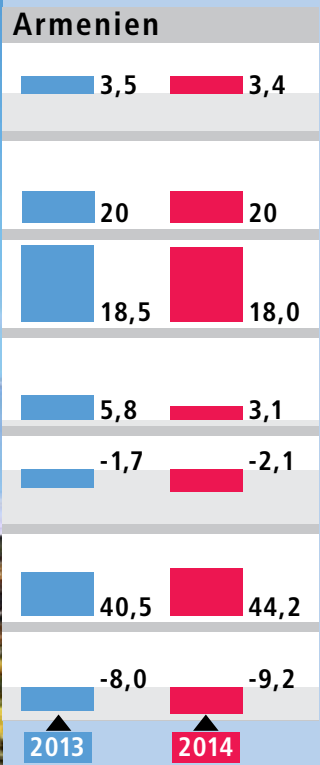
Aserbaidschan und Weißrussland erreichen beim Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt knapp die Hälfte des EU-Durchschnitts, die Republik Moldau dagegen nur 14 Prozent.

Trotz der gemeinsamen Zielsetzung der Östlichen Partnerschaft unterscheiden sich die politischen Beziehungen der EU zu ihren Nachbarn erheblich. So hat Brüssel mit Georgien und Moldau vertiefte Freihandelsabkommen geschlossen, die vorläufig angewendet werden, weil noch nicht alle Mitgliedsstaaten die Abkommen ratifiziert haben. Der Abbau von Zöllen und anderen Handelsbeschränkungen soll den Austausch von Gütern und Dienstleistungen verbessern. Seit April 2014 brauchen die Bürger der Republik

Moldau für Reisen in die Schengen-Staaten kein Visum mehr; mit Georgien verhandelt die EU noch über Befreiungen von der Visapflicht.



Östliche Partnerschaft in Zahlen



Angaben zum Teil geschätzt; Quelle: Internationaler Währungsfonds

Mit der Ukraine hat die EU 2014 ebenfalls ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen unterzeichnet. Als Zugeständnis an Russland sollen die Bestimmungen über die Freihandelszone allerdings erst zum 1. Januar 2016 vorläufig angewendet werden. Dessen ungeachtet greift die EU dem krisengeschüttelten Land finanziell unter die Arme: Für den Zeitraum von 2014 bis 2020 ist ein Hilfsprogramm über 11 Milliarden Euro aufgelegt worden.

Obwohl sich die Republik Moldau, Georgien und die Ukraine politisch stark zum Westen ausrichten, werden diese Staaten bis auf weiteres nicht der EU beitreten können – auch wenn einzelne EU-Länder wie Polen dies befürworten.

Für Armenien, Aserbaidschan und Weißrussland hat eine EU-Mitgliedschaft ohnehin keine Priorität, sie orientieren sich stark nach Russland. Das gestaltet das Verhältnis zur EU immer wieder kompliziert.

So sind die Verhandlungen mit Armenien über ein Assoziierungsabkommen ausgesetzt worden, nachdem das Land 2014 der Eurasischen Wirtschaftsunion beigetreten ist, der neben Russland auch Weißrussland, Kasachstan und Kirgisien angehören. Mit Aserbaidschan verhandelt die EU zwar seit 2010 über ein Assoziierungsabkommen. Doch einer wirklichen Annäherung steht die Politik der Regierung in Baku im Weg – erst im Juni haben CDU/CSU und SPD im Bundestag die systematische Verletzung der Menschenrechte in Aserbaidschan kritisiert.

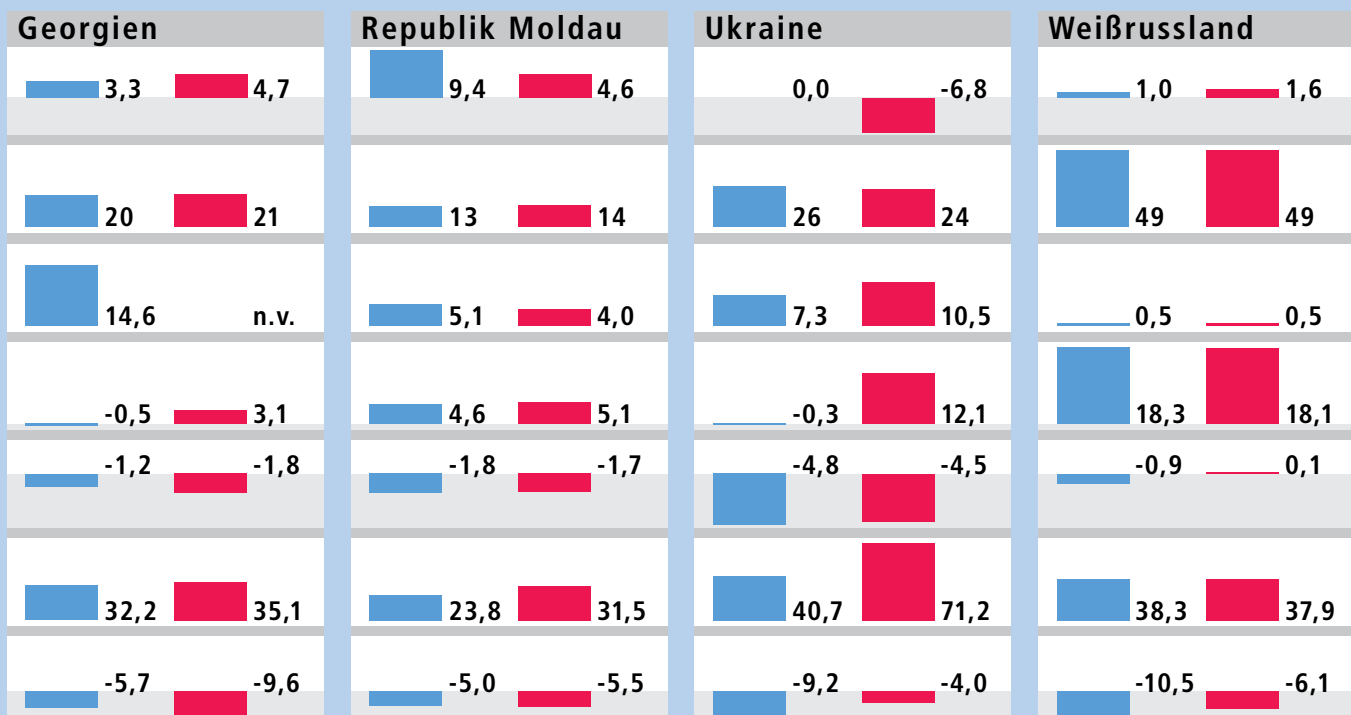
Noch problematischer sind die Beziehungen zu Weißrussland, das seit 1994 vom autoritären Präsidenten Lukaschenka regiert wird. Auf der Rangliste der Pressefreiheit – veröffentlicht von der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ – steht Weißrussland auf Platz 157 von 180 Ländern. Die EU hat aufgrund von Menschenrechtsverletzungen sogar

Sanktionen verhängt – darunter ein Reiseverbot für bestimmte Bürger Weißrusslands und das Einfrieren von Vermögenswerten.

Insgesamt gibt es in der Östlichen Partnerschaft also noch viel Raum für politische Verbesserungen. Dann wäre sicherlich auch beim gegenseitigen Handel noch mehr drin:

Im Jahr 2014 exportierte die EU Waren im Wert von 33 Milliarden Euro in die Länder der Östlichen Partnerschaft, die Importe von dort betragen 32,5 Milliarden Euro.

Zusammen entsprach dies knapp 2 Prozent des EU-Warenverkehrs mit Drittländern – und damit in etwa der Größenordnung, die auch Saudi-Arabien als elftichtigster Handelspartner der EU erreicht. Während die EU-Länder vor allem Industriegüter im Wert von knapp 26 Milliarden Euro an die Nachbarn im Osten lieferten, kamen von dort in erster Linie Energieerzeugnisse für gut 15 Milliarden Euro.



Kleinen Firmen fehlt oft die Zeit

Weiterbildung. Je nach Betriebsgröße bieten bis zu 99,5 Prozent der deutschen Unternehmen ihren Mitarbeitern die Möglichkeit, sich weiterzubilden. Kleinere Unternehmen tun sich dabei etwas schwerer als große – ihr Problem sind weniger die Kosten, sondern vor allem fehlende Zeit.

Kleine Unternehmen führen im Gegensatz zu mittleren und großen Unternehmen nicht jedes Jahr Weiterbildungsmaßnahmen durch – so ein Ergebnis der achten Weiterbildungserhebung des IW Köln im Jahr 2014 (Grafik):

Zuletzt reichte die Weiterbildungsbeteiligung von 85,6 Prozent in kleinen Betrieben über 95,9 Prozent in mittleren Firmen bis zu 99,5 Prozent in Großunternehmen.

Der Hauptgrund für diese Unterschiede ist, dass die organisatorischen, personellen, finanziellen und zeitlichen Ressourcen stark von der Betriebsgröße abhängen.

Weiterbildungsformen. Es gibt zwei Arten der Weiterbildung: die formelle, also zum Beispiel der Besuch von Seminaren, und die informelle, zu der etwa der Besuch von Vorträgen und Messen oder das Lernen am Arbeitsplatz gehören. Kleine Betriebe setzen etwas häufiger auf die informelle Lösung, weil sich diese Form des Lernens leichter in ihren Arbeitsalltag integrieren lässt. In mittleren und großen Unternehmen halten sich beide Formen in etwa die Waage.

Weiterbildungskosten. Finanziell engagieren sich kleine Unternehmen deutlich stärker als alle anderen:

Kleine Betriebe lassen sich die Weiterbildung je Mitarbeiter und Jahr 1.335 Euro kosten, große Unternehmen investieren 1.064 Euro und mittlere Firmen 938 Euro.

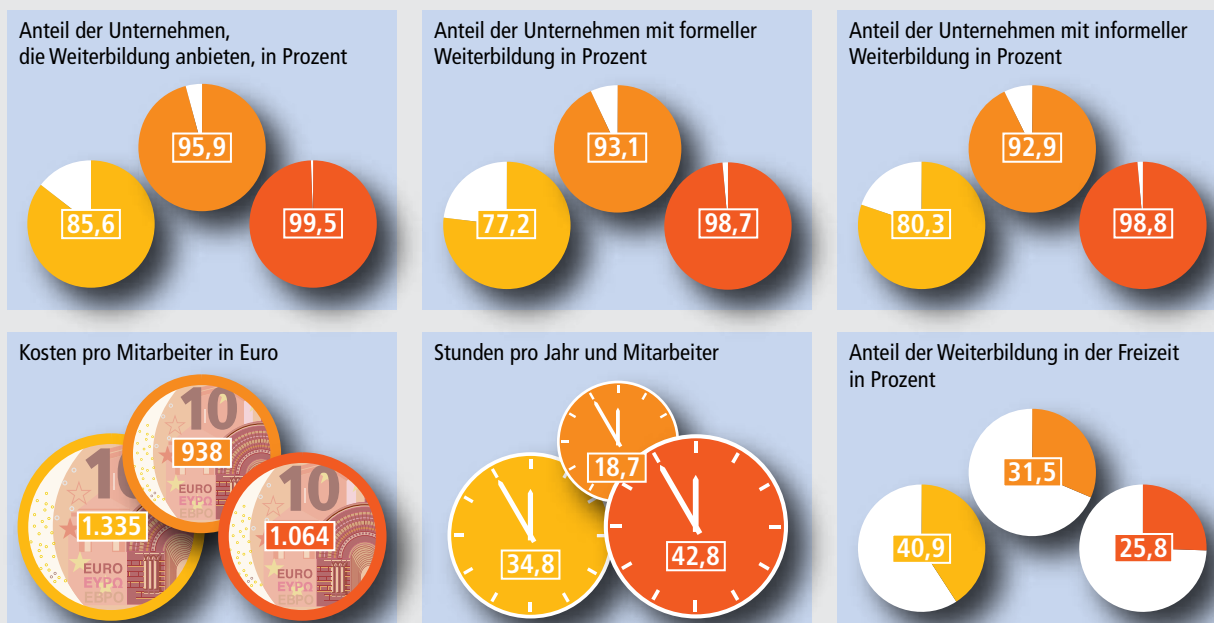
Ein Grund dafür: Wenn sich kleine Firmen erst einmal für Weiterbildung entschieden haben, dann qualifizieren sie ihre Beschäftigten sehr intensiv: Mit fast 35 Stunden Weiterbildung pro Jahr und Mitarbeiter liegen sie deutlich vor den mittleren Betrieben (19 Stunden) und nur relativ knapp hinter den großen Unternehmen (43 Stunden).

Außerdem opfern die Mitarbeiter kleiner Betriebe deutlich mehr Freizeit für ihre Weiterbildung als ihre Kollegen in größeren Betrieben.

Weiterbildungshindernisse. Es mag im Zeitalter des Wissens seltsam klingen, aber für rund die Hälfte der

Weiterbildung: Fast alle Unternehmen machen mit

im Jahr 2013 Unternehmen mit ... Beschäftigten ■ ... bis zu 49 ■ ... 50 bis 249 ■ ... 250 und mehr



Befragung von 1.845 Unternehmen zwischen April und Juni 2014; formelle Weiterbildung: zum Beispiel Seminare; informelle Weiterbildung: zum Beispiel der Besuch von Informationsveranstaltungen oder das Lernen am Arbeitsplatz; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

kleinen Betriebe spielt Weiterbildung vor allem deshalb keine Rolle, weil sie schlichtweg keinen konkreten Bedarf haben.

Überhaupt gehen kleine Unternehmen das Thema eher kurzfristig und abhängig von ihrer wirtschaftlichen Gesamtsituation an – und seltener mit langfristiger Perspektive (Grafik). Allerdings ist fehlendes Geld bei weitem nicht das größte Problem:

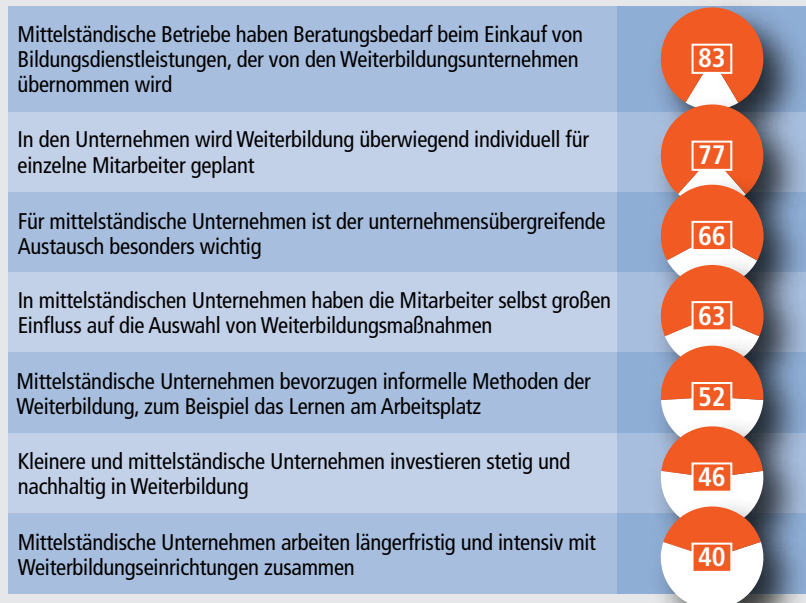
Fast 44 Prozent der kleinen Unternehmen verzichten vor allem deshalb auf Weiterbildung, weil sie keine Zeit für die Freistellung ihrer Mitarbeiter haben.

Die Kosten sind dagegen nur für 23 Prozent der kleinen Unternehmen ein K.o.-Kriterium.

Weiterbildungsnachfrage. Der Wuppertaler Kreis, Bundesverband betriebliche Weiterbildung, hat seine Mitglieder gefragt, wie sie das Weiterbildungsengagement kleiner und mittlerer Unternehmen einschätzen. Ein Ergebnis: Da kleine Betriebe die kritische Größe für firmeninterne Schulungen nicht erreichen, sind sie auf offene Seminare angewiesen – also auf Veranstaltungen, an denen Mitarbeiter verschiedener Unternehmen teilnehmen.

Weiterbildung im Mittelstand

■ Von 50 Weiterbildungsanbietern stimmten 2015 so viel Prozent folgenden Aussagen voll oder teilweise zu



Quelle: Wuppertaler Kreis

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwvd 38

Ein weiterer Unterschied zwischen kleinen und mittleren Betrieben einerseits und Großunternehmen andererseits sind die jeweiligen Motive für Weiterbildung. Zwar erhoffen sich beide davon positive Effekte auf den Geschäftserfolg und die Leistungsfähigkeit der Belegschaft. Personalpolitische Ziele wie eine größere Attraktivität des Unternehmens oder die Mitarbeiterbindung spielen dagegen für kleine Be-

triebe eine geringere Rolle als für größere Unternehmen.

Als Strategie gegen den Fachkräftemangel nutzen kleine Betriebe die Weiterbildung aber sehr wohl. Auswertungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigen, dass kleine Unternehmen, die ihre offenen Stellen nicht besetzen konnten, häufiger Weiterbildung anbieten als Unternehmen, die dieses Problem nicht haben.

Max-Weber-Preis für Wirtschaftsethik 2016

Wertebasiertes Wirtschaften, bürgerschaftliches Engagement und Nachhaltigkeit sind in aller Munde, doch junge Wissenschaftler, die sich mit Wirtschafts- und Unternehmensethik befassen, sind rar. Deshalb fördert das IW Köln diesen Nachwuchs. Wissenschaftler, die sich im Rahmen ihrer Doktor-, Master- oder Bachelorarbeit mit wirtschafts- und unternehmensethischen Fragen beschäftigt haben, können sich bis zum 31. Dezember 2015 in drei Kategorien für den XII. Max-Weber-Preis für Wirtschaftsethik bewerben:

1. Wissenschaftspreis. Der mit 5.000 Euro dotierte Preis wird für Dissertationen, Habilitationen oder andere herausragende wissenschaftliche Publikationen vergeben.

2. Master-Förderpreis. Mit 2.500 Euro wird eine Masterarbeit prämiert, die sich mit wirtschafts- und unternehmensethischen

Fragestellungen auseinandersetzt. Der Förderpreis soll zu weiteren Forschungsarbeiten motivieren.

3. Bachelor-Studienpreis. Mit 1.500 Euro wird eine Bachelorarbeit ausgezeichnet, die Fragestellungen an der Schnittstelle zwischen Markt und Moral, Gewinn und Gewissen behandelt.

Die Preise werden im Rahmen einer Festveranstaltung am 14. April 2016 in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften verliehen. Festredner sind unter anderem Kardinal Dr. Reinhard Marx, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, und Jürgen Fitschen, Co-Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Bank.

Weitere Informationen im Internet unter max-weber-preis.de oder beim Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Dominik H. Enste, Telefon: 0221 4981-731, E-Mail: max-weber-preis@iwkoeln.de

Von Bällen und Bindungen

Sportgeräte. Für Autos, Maschinen und Steuerungselektronik ist die deutsche Metall- und Elektro-Industrie weltweit bekannt, für Tennisschläger, Skier und Surfbretter eher weniger. Die kleine Branche der Sportgerätehersteller bewegt sich zwar in einem schwierigen Umfeld, dennoch konnte sie ihren Umsatz zuletzt ordentlich steigern.

Gerade einmal 34 größere Betriebe mit 4.400 Beschäftigten sind in der mittelständisch geprägten Branche der Sportgeräteherstellung tätig; hinzu kamen im Herbst 2014 noch einmal 34 Kleinbetriebe mit bis zu 50 Mitarbeitern, insgesamt waren das weitere 930 Beschäftigte. Mit durchschnittlich nur 130 Mitarbeitern selbst in „größeren“ Betrieben ist eine Massenproduktion von Sportgeräten eher die Ausnahme. Zusammen mit einer hohen Fertigungstiefe ergibt sich daraus ein Umsatz von 136.000 Euro je Mitarbeiter (Grafik). Entsprechend be-

grenzt ist auch der Gesamtumsatz der Branche:

Der Umsatz der deutschen Sportgerätehersteller ohne die Kleinbetriebe stieg 2014 um 7 Prozent und erreichte 602 Millionen Euro.

Davon wurde etwas mehr als ein Drittel im Ausland erwirtschaftet – eine niedrige Quote, denn viele M+E-Branchen kommen auf mindestens 50 Prozent, die Autoindustrie sogar auf mehr als 70 Prozent. Immerhin aber gewinnt das Auslandsgeschäft auch für die Sportgerätehersteller anscheinend an Bedeutung: Im ersten Halbjahr 2015 hat der Export um rund 8 Prozent zugelegt, während der Inlandsabsatz um fast 6 Prozent schrumpfte.

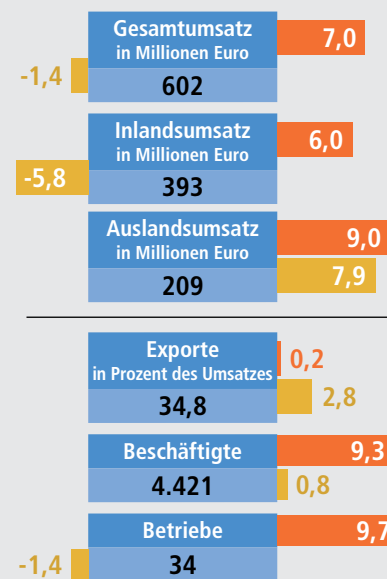
Trotzdem dominiert weiterhin der Inlandsmarkt die Geschicke der Sportgerätehersteller, die unter anderem Bälle, Skier und Bindungen, Schläger aller Art sowie Geräte und Ausrüstungen für Turnhallen und Fitnessstudios produzieren. Gerade im Fitnessbereich ist der Boom ungeboren: Während die Studios in Deutschland 2004 erst 4,7 Millionen Mitglieder zählten, waren es im vergangenen Jahr bereits 9,1 Millionen in über 7.100 Einrichtungen.

Langfristig allerdings dürfte auch am Sportgerätemarkt der demografische Wandel seine Spuren hinterlassen. Zwar sollte der Umsatz mit



Sportgerätehersteller in Zahlen 2014

- Veränderung gegenüber 2013 in Prozent
- Veränderung im ersten Halbjahr 2015 gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent



Umsatz je Beschäftigten im Jahr 2014 in 1.000 Euro

Sportgeräte	136,3
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	313,6

Alle Angaben für Betriebe ab 50 Mitarbeitern;
Exporte in Prozent des Umsatzes;
Veränderung in Prozentpunkten
Ursprungsdaten:
Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwvd 38 - Foto: makrolabs - Fotolia.com

Adressaufkleber

altersgerechten Sportgeräten wie Beweglichkeitstrainern für Senioren steigen, insgesamt aber wird der Inlandsmarkt wohl eher schrumpfen. Die deutschen Sportgerätehersteller werden sich also mehr auf den Auslandsmarkt konzentrieren müssen.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwvd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwvd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.